

30.4.2013/kb30

Senat bringt Deserteurdenkmal auf den Weg

Beirat hat Kriterien für einen Gedenkort in Hamburg für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz erarbeitet

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung (30. April 2013) eine Drucksache zur Realisierung eines Gedenkortes für Deserteure und andere Opfer der NS-Wehrmachtsjustiz („Deserteurdenkmal“) beschlossen. Damit wird die Bürgerschaft um Zustimmung zu dem Bericht und zur Nachbewilligung von 730.000 Euro zur Umsetzung des Gedenkortes gebeten.

Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler**: „Es war ein langer Weg zur Rehabilitierung dieser Opfergruppe in Deutschland. Auch die Geschichte der Wehrmachtsjustiz in Hamburg ist bis heute wenig erforscht. Die Bürgerschaft hatte im Juni letzten Jahres einstimmig beschlossen, sich diesem Teil der Deutschen Geschichte zu stellen und der Opfer angemessen und respektvoll zu gedenken.“

Zur Vorbereitung des Projektes „Deserteurdenkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz“ wurde ein Beirat aus Vertreterinnen und Vertretern der politischen Parteien, der Wissenschaft, der Kunst und Architektur und den Verbänden gebildet, der dreimal getagt hat. Der Beirat hat Kriterien und die Ausschreibungsbedingungen für das Projekt einschließlich möglicher Realisierungsorte festgelegt. Begleitend wurde bereits in der Rathausdiele eine Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zur Geschichte der Wehrmachtgerichtsbarkeit gezeigt, die von der Bürgerschaftspräsidentin eröffnet wurde. Zudem wird derzeit ein Gedenkbuch aufgebaut, das alle nach kriegsgerichtlichen Urteilen in Hamburg hingerichteten Personen verzeichnet.

Da Senat und Bürgerschaft sich der großen Verantwortung bewusst sind und mit diesem Projekt eine starke öffentliche Präsenz erreichen möchten, bedarf es einer künstlerisch hochwertigen Präsentation. Dies gilt in besonderer Weise bei dem favorisierten Standort am Stephansplatz/Dammtorwall. Der Senat beantragt daher für die Durchführung des beschränkten Wettbewerbes rund 130 Tsd. Euro. Für die Realisierung, die bis Ende 2014 geplant ist, sollen zudem 600 Tsd. Euro bereitgestellt werden.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de